

PRESSEMITTEILUNG

Lörrach 25.11.2016

Lörracher Grünen-Kreisvorstand diskutiert Gentechnik-Gesetzentwurf der Bundesregierung

Gentechnik-Comeback jetzt stoppen

Lörrach: Im Rahmen ihrer Kreisvorstandsitzung am 22.11.2016 hat der Kreisvorstand der Lörracher Grünen den Gentechnik-Gesetzentwurf der Bundesregierung und die bevorstehende EU-Genmais-Anbauzulassung diskutiert. Auch der Antrag zur „gentechnikfreien Region Landkreis Lörrach“ der Grünen-Kreistagsfraktion aus dem Jahr 2014 wurde erneut thematisiert. Hier wurde damals vom Kreistag ein deutliches Appell an Landwirte, Pächter und weitere Akteure beschlossen, sich zu einer gentechnikfreien Region zu bekennen. Leonie Wiesiollek, Sprecherin des Grünen-Kreisvorstands, erklärt darauf hin:

„Wir sind über die Zustimmung der Bundes-SPD zum Gentechnik-Comeback-Gesetz aus dem Landwirtschaftsministerium sehr enttäuscht. Das ist kein Kompromiss. Im Gegenteil, Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) stößt die Bundesländer mit diesem Alleingang vor den Kopf. Er schafft neue Schlupflöcher und Hintertüren, die das Zustandekommen bundesweiter Anbauverbote sehr unwahrscheinlich machen und nebenbei klammheimlich auch noch Neue Gentechnik salonfähig machen.“

Besonders bedenklich ist es, wie die Bundesregierung das Ganze auch noch als großen Coup gegen Gentechnik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verkauft. Denn schon in den nächsten Wochen wird sie voraussichtlich wieder drei Genmais-Anbauzulassungen in Brüsseler Hinterzimmer-Abstimmungen durchwinken. Die von der Grünen-Bundestagsfraktion beantragten Abstimmungen darüber im Bundestag haben Union und SPD verhindert, aus berechtigter Angst, ihre unklare Position öffentlich zu vertreten.

Sigmar Gabriel, Barbara Hendricks und ihre SPD-Ministerkolleginnen und -kollegen verspielen mit ihrer Zustimmung die Glaubwürdigkeit ihrer Partei beim Thema Gentechnik. Wir fordern daher Armin Schuster, Bundestagsabgeordneter der CDU in unserer Region, auf, im parlamentarischen Verfahren deutliche Nachbesserungen am Gentechnikgesetz durchzusetzen, bevor er dem Gesetz im Bundestag zustimmt. Die SPD teilt nach eigenem Bekunden schließlich angeblich unsere zentralen Kritikpunkte. Aber auch der Union muss klar sein, dass sie mit einem derartigen Kurs Politik gegen breite Mehrheiten und sogar gegen den Deutschen Bauernverband macht.

Der Gesetzentwurf ist ein Gentechnik-Comeback-Gesetz und kein Gentechnik-Verbotsgesetz. Die Bundesländer könnten zwar ein bundesweites Verbotverfahren anstoßen, aber das Veto nur eines einzigen Bundesministeriums würde reichen, um es zu verhindern, und ein einzelnes Bundesland könnte ein bundesweites Verbot wieder kippen. Das alles zeigt: Schmidts Anbauverbote sollen offensichtlich gar nicht funktionieren.

Außerdem hat die Bundesregierung in allerletzter Minute vor der Kabinettsabstimmung offensichtlich auf Wunsch der Industrie eine zusätzliche Passage ins Gesetz geschmuggelt,

wonach die Bundesregierung künftig bei neuen Techniken im Alleingang entscheiden will, was Gentechnik ist und was nicht – ohne auf die anstehende EU-Einstufung zu warten. Das öffnet vollkommen unkontrollierter Gentechnik auf Äckern und Tellern Tür und Tor. Dem darf die SPD keinesfalls zustimmen. Schlimm genug, dass ihre Minister und Ministerinnen im Kabinett es getan haben.“

Für den Kreisvorstand im Landkreis Lörrach Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Leonie Wiesiollek

Hintergrund: Schmidts Gentechnik-Schwindel

Schmidts Gesetzentwurf wurde am 2.11.2016 vom Bundeskabinett verabschiedet und am 4.11. als „eilbedürftig“ an den Bundesrat übermittelt. Damit könnte er schon im Dezember in den Bundestag eingebracht werden, bevor er endgültig abgestimmt wird, muss jedoch noch eine Anhörung stattfinden, was voraussichtlich frühestens im Januar passieren wird.

Minister Schmidt hat alle Beteiligten handstreichartig mit seinem neuen **Entwurf der Gentechnikgesetz-Novelle** überrumpelt, in der es vor allem um die nationalen Anbauverbote geht. Die hat die Bundesregierung seit 2014 gewissermaßen als Trost für die damals nicht verhinderte EU-Zulassung in Aussicht gestellt. Über die Ausgestaltung streiten sich schon seit März 2015 vor allem Minister Schmidt und die Bundesländer.

Schmidt will gar keine nationalen Anbauverbote, sondern die Frage an die Bundesländer abschieben. Die aber wollen die immer versprochenen nationalen Anbauverbote. Weil Schmidt sich standhaft weigerte, haben die **Bundesländer** via Bundesrat schon 2015 **einen eigenen Gesetzentwurf** auf den Weg gebracht, der allerdings bisher von Schmidt und der Koalition blockiert wird. Schmidt versprach, in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Kompromiss zu finden. Diese Arbeitsgruppe hat er mit seinem neuen Coup aber schlicht übergangen.

Besonders perfide an Schmidts neuem Entwurf ist, dass er offenbar **zum Schein den Bundesländern entgegenkommt** und tatsächlich bundesweite Anbauverbote möglich macht, wenn eine Mehrheit der Bundesländer das will. Allerdings würde das Veto nur eines einzigen Bundesministeriums oder nur eines einzigen Bundeslandes reichen, um es zu verhindern oder wieder zu kippen. Mehr zur Kritik an Schmidts Gesetzentwurf: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/gentechnik/schmidts-grosser-schwindel-19-10-2016.html>

Hintergrund: Genmais-Anbauzulassungen stoppen

Außerdem haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die anstehenden **EU-Genmais-Zulassungen eindeutig abzulehnen** (Drucksachen 18/10029 und 18/10246). Die Sofortabstimmung hat die Koalition zweimal abgelehnt, am 20.10. und am 10.11., um sich keine Blöße geben zu müssen. Das allerdings bedeutet das Kaltstellen des Parlaments: voraussichtlich soll in Brüssel schon am 9.12. über die Anbauzulassungen abgestimmt werden.

Seit 2014 stehen erstmals wieder EU-Genmais-Anbauzulassungen in Brüssel zur Abstimmung an, möglicherweise am 9. Dezember 2016. Vor zweieinhalb Jahren gab es großen Aufruhr, weil die Bundesregierung sich nicht zu einem „Nein“ durchringen konnte – und dadurch die Zulassung grundsätzlich ermöglicht hat. Es sieht leider ganz danach aus, dass die Bundesregierung auch jetzt wieder die Zulassungen durchwinken wird. Auf Nachfrage erklärte sie, sie habe ihre Position noch nicht abgestimmt, Damit folgt sie exakt dem Plan der Gentech-Lobby, die sich EU-Zulassungen gegen ihre gönnerhaft gewährten Anbau-Ausnahmen erhofft hat (vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gentechnik-lobbystrategie-von-europabio-a-973630.html>).

Hintergrund: Deregulierung Neuer Gentechnik im Gesetz versteckt

Die Bundesregierung hat in der Gentechnikgesetz-Novelle im Schatten der umstrittenen Anbauverbote heimlich in letzter Minute noch eine womöglich viel weitreichendere Passage hineingeschummelt, die es in sich hat. Danach will die Bundesregierung, solange es dazu keine EU-Vorgabe gibt, eigenmächtig von Fall zu Fall entscheiden, ob sie neue Gentechnik-Verfahren als Gentechnik betrachtet (mit den entsprechenden Zulassungsvorschriften) oder nicht. Sie könnte derartige Produkte also auch einfach ohne Zulassungsverfahren und Risikobewertung genehmigen. Das hieße: unkontrollierte Gentechnik auf unseren Äckern und Tellern.